

Politik



PETRA SORGE

Hier wohnt der Pakistaner Abdul. Das verfallene Gebäude liegt nahe der serbisch-ungarischen Grenze. Abdul will sie illegal überqueren. Seine Bilanz: 27 versuchte illegale Grenzübertritte in elf Monaten.

HORGOS. Es ist ein kühler Herbstabend nahe der serbischen Stadt Horgos. In einem Zeltlager direkt am Grenzübergang Röszke zu Ungarn steht Ahmad Ilun Kashkooli, 18, aus dem Iran, er trägt Jogginghosen und Badelatschen. In seinen Händen hält er eine Liste. Es ist das wohl wichtigste Papier für alle, die in die EU wollen, das heißt hier: ins Grenzlager Ungarn. „Wer hier draufsteht, kann in den nächsten Tagen da rein.“

Er zeigt auf den Zaun, den Victor Orban zur Abschreckung gegen Leute wie ihn errichten ließ – oben Stacheldraht, an der Seite Überwachungskameras, unten Strom. Die Flüchtlinge haben das Stück Wiese, auf dem Ahmad und die anderen Flüchtlinge campieren, taghell erleuchtet.

In seinem kleinen Camp ist alles Provisorium: Der Strom fürs Handy kommt aus einem Solarmodul, das Wasser liefern Hilfsorganisationen, als Dusche dient ein Holzverschlag. In Iran waren die Kashkoolis wohlhabend, der Vater ein Immobilienmanager, Ahmad spielte in der U16-Fußball-Nationalmannschaft, bevor sie fliehen mussten.

Ahmads Traum: „Ich möchte in Deutschland ankommen, Fußball spielen und dann zur Schule gehen.“ Doch seit dreizehn Monaten steckt er in Serbien fest. Seit zwei Monaten haust er in der Wildnis.

Dabei müsste er das gar nicht: Der Rest seiner Familie lebt in einem Zentrum in Subotica, wo es richtige Betten, Spiel- und Unterrichtsräume, warme Kleidung und medizinische Versorgung gibt. Der Arbeiter-Samariter-Bund verteilt dreimal täglich warme Mahlzeiten, mehr als eine halbe Million Euro hat die Organisation mit Mitteln des Bundesaußenministeriums in Subotica investiert.

Ahmad Ilun Kashkooli verzichtet auf all das nicht, weil er illegal über die Grenze will, sondern weil er den Migrationsbehörden dient. Ein bisschen hofft er, dadurch seinen eigenen Antrag beschleunigen zu können. Als legaler Migrationsmigrant. Er kann Englisch, er kann lesen und schreiben – so wurde er der Listenmann. Ein Informant, der dem serbischen Kommissariat für Flüchtlinge und Migration KIRS meldet, was im Grenzbereich passiert. Freiwillig.

Er verwaltet die Liste der Menschen, die als nächstes nach Ungarn dürfen. In Röszke sind es fünf am Tag, montags bis freitags, und dann noch einmal so viele an einem zweiten offiziellen Grenzübergang. Fünfzig Flüchtlinge pro Woche: Das ist die ungarische Obergrenze.

Hier in Horgos-Röszke müssen diejenigen, die als an der Reihe sind, morgens zwischen 6.30 und 7 Uhr auf einer Plane stehen, erklärt Ahmad: „Genau hier, wenn die Beamten kommen.“ Kommt ein Asylbewerber zu spät, schließt sich die Tür wieder. Deshalb campen sie

hier alle in der Wildnis, gleich am Eingang.

Ahmad notiert dann exakt, wen die ungarischen Beamten aufnehmen, wen sie zurückschieben. Name, Datum, Anzahl der Kinder, dazu Häkchen.

Über Leute wie Ahmad sagt der KIRS-Sprecher Ivan Miskovic auf der Konferenz „Balkan Refugee Route“ in Belgrad, sie seien „community leader“ und Teil des „Migrationsmanagements“, des Versuchs, Ordnung ins Chaos zu bringen. Sie sorgen dafür, dass Europas Außen-grenze nicht zusammenbricht.

Derzeit sind rund 3 800 Flüchtlinge in Serbien registriert. Sie warten fast alle in einem der 18 Empfangs- und Asylzentren, um weiter in die EU, auf Ahmads Liste zu kommen. Aber das geht nur, wenn sie sich offiziell registrieren lassen, erklärt Miskovic. „Wir bieten jedem einzelnen Migranten, der an unsere Tür klopft, einen Platz.“

Einen dauerhaften Aufenthalt bekommt kaum jemand: 2016 wurden nur 31 Asylanträge bewilligt, seit Jahresbeginn sogar nur zwei.

Serbien sieht sich als Transitland. Nur: Seitdem Kroatien, Ungarn und Rumänien die Grenzen dichtgemacht haben, geht es nicht mehr wirklich weiter. Wie verwaltet man Menschen, ohne sie zu integrieren? Die Migrationsbehörde KIRS versucht das, und durchaus mit Erfolg, sagt Ivan Miskovic. „Was uns betrifft, funktioniert diese Liste sehr gut.“

Rados Durovic, Direktor des serbischen Asylschutzzentrums, eine Mitgliedsorganisation des Flüchtlingsrats der Europäischen Kommission, widerspricht: „Diese sogenannte Liste ist nichts als eine Illusion, ein falsches Papier, das den Flüchtlingen die Hoffnung gibt, bald legal nach Ungarn einreisen zu dürfen.“

Daran glaubt auch die Afghanin Maryam* 31, dreifache Mutter. „Wir haben nie versucht, illegal über die Grenze zu kommen, sondern immer auf die Liste gewartet.“

Sie wartet in Subotica. Die Gebäude am Stadtrand heißen offiziell „One Stop Centre“, das „Einmal-Stopp-Zentrum“. Niemand soll hier bleiben, sondern nur kurz haltmachen, so die Botschaft.

Maryam, die in einem Flüchtlingslager im Iran aufgewachsen ist, hat ihren Ehemann vor sechs Jahren verloren, er sei einfach verschwunden, er sei einfach verschwunden, sagt sie. Obwohl sie als Frau mit Kindern zu den besonders verwundbaren Personen gehört, wartet sie bereits seit 14 Monaten. „Wir hätten eigentlich schon nach zwei Monaten drankommen sollen, aber dann hieß es vor einem Jahr im Oktober: Die Liste ist verschwunden. Also wieder von vorne warten.“ Seitdem wurden sie von einem Empfangszentrum zum nächsten transferiert, immer weiter nach Norden, Richtung Ungarn.

Die Hoffnung ist das Schmiermittel, mit dem das ganze System operiert.

Ahmads Liste

Fünfzig Flüchtlinge pro Woche dürfen die Grenze von Serbien nach Ungarn passieren. Wer geht? Wer bleibt zurück? Wer wartet am längsten? Beobachtungen in der Transitzone

VON PETRA SORGE



BLZ/HECHER

Farid*, 14, Wunschort: Frankfurt am Main, und sein 17-jähriger Freund Milad*, beide aus Afghanistan, haben etwas mehr Glück gehabt. Weil sie beide unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind, hieß es, sollen sie gleich morgen früh drankommen. Sie sitzen nun im Zelt in Horgos und kuscheln sich in eine graue Wolldecke. Ihr Kumpel Imram hatte es zuvor schon versucht – und wurde wieder zurückgeschoben: „Die Ärzte haben mir nicht geglaubt, dass ich 17 bin.“

Die Idee, sich jünger zu machen, haben hier viele – ein paar junge Männer, die ebenfalls im Zelt übernachten, behaupten, sie seien zwischen sechs und 14 Jahren alt.

Andras Lederer, Sprecher des ungarischen Helsinki-Komitees, hat dafür eine Erklärung. Im Lager Röszke, sagt er, würden alle Menschen unbegrenzt festgehalten, nur Minderjährige unter 14 nicht.

Laut dem Menschenrechtler haben die ungarischen Grenzbeamten allein im ersten Quartal 2017 mehr als 3 000 Menschen wieder nach Serbien zurückgeschoben. Nicht mal ein Drittel der aufgenommenen Syrer habe Asyl erhalten. Und ein russischer politischer Flüchtling befindet sich seit fünf Jahren im Lager. Die Zustände seien verheerend, sagt Andras Lederer: „Überall Zäune, und es gab bei 40 Grad Celsius im Sommer nur einen einzigen schattigen Platz.“

Die Berliner Zeitung bittet offiziell um Zutritt zu dem Lager, doch das ungarische Büro für Immigration und Asyl teilt mit: „Um die Persönlichkeitsrechte und die Ruhe der dort platzierten Menschen nicht zu stören, haben wir nicht die Absicht, eine Erlaubnis für Filmaufnahmen oder Interviews in den Aufnahmeeinrichtungen zu erteilen.“

Die serbischen Behörden sind weit offener. Sowohl die Migrationsbehörde KIRS als auch das Innenministerium in Belgrad genehmigen die Recherchen in der Transitzone. Ein Polizist hilft sogar dabei, die campierenden Flüchtlinge am Grenzübergang aufzuspüren. „Fahren Sie die Autobahn hier zurück und dann gleich rechts über einen Feldweg am Zaun vorbei“, erklärte er dem Taxifahrer.

So genau, wie die serbischen Beamten über die Situation am Grenzzaun Bescheid wissen, so gut sind die Flüchtlinge informiert über das, was sie im ungarischen Lager Röszke erwartet. Der 14-jährige Farid sagt: „Ich bin trotzdem bereit.“ Er nennt das Lager, wie viele hier, Guantanamo.

Die Verzweiflung ist riesig, vor allem für diejenigen, die schon Verwandte in Deutschland haben, wie die Familie Sakhi aus Afghanistan. Im Belgrader Asylbewerberheim Krmjaca warten Mohammad und Sohilla mit ihren Kindern Soria und Sona, sie sind schon zwölf Monate in Serbien. Soria, 18, lernt seit einiger Zeit Deutsch: Sie sehnt sich nach ihren drei Brüdern in Hamburg.

Ob eine Familienzusammenführung klappen würde, ist unklar. In den Koalitionsverhandlungen ist das Thema umstritten: Union und FDP wollen den Familiennachzug dauerhaft aussetzen, die Grünen halten daran fest. Für die Familie Sakhi ist das Lager daher eine Option.

In einem Gestrüpp nahe Horgos, einem Apfelhain, sitzen die einzigen Männer, die sich kaum Chancen ausrechnen, je auf die Liste zu kommen. Wie Jawid* aus Afghanistan, 22, der schon zwei Jahre in Serbien ausharrt. Im Unterkiefer fehlen ihm zwei Zähne. Immer wieder versucht er in kleineren Gruppen, den ungarischen Zaun zu überwinden.

„Nur drei Drähte sind dort elektrisch“, erklärt er, „also versuchen wir, die unteren mit einer Metallschere durchzuschneiden.“ Bislang wurde er stets erwischt.

Der Pakistaner Abdul*, 32, der in einem verfallenen Gebäude einer alten jugoslawischen Kolchose haust, versucht es meist alleine. Seine Bilanz: elf Monate in Serbien, 27 versuchte illegale Grenzübertritte in Kroatien, Rumänien und Ungarn.

Im Mai, erzählt er, sei er in Ungarn von zwei Wachhunden überfallen worden. Sie hätten zwar Maulkörbe getragen, „aber ihre Klauen bohrten sich in meine Arme, Knie und Unterschenkel“. Abdul zeigt seine Narben, zehn über den ganzen Körper verteilt. Anschließend hätten noch vier Polizisten mit Fäusten auf ihn eingegrübelt, „und sie haben mein Handy zertrümmert“.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen berichtete, dass zwischen Januar 2016 und Februar 2017 106 Patienten mit Verletzungen behandelt wurden, die angeblich von ungarischen Grenzbeamten verursacht wurden oder von deren Hunden. Die Betroffenen hätten von „grausamer und entwürdigender Behandlung“ gesprochen. Im Juni ertrank ein 22-jähriger Syrer im Fluss Tisa beim Versuch, die Grenze zu überwinden. Nach Angaben des ungarischen Helsinki-Komitees hätten Zeugen beobachtet, wie Anwesende Steine auf den Flüchtling geworfen hätten.

Aufgeben will Abdul trotzdem nicht: „Ich versuche es heute Nacht wieder, gegen ein Uhr.“ Wenn er es schafft, wird er auf keiner Statistik auftauchen – und auch nicht auf Ahmads Liste.

Ahmad, der Listenmann, wiederum meldet sich anderthalb Wochen später wieder per Handynachricht. Sie hätten es geschafft, schreibt er, „wir sind jetzt im geschlossenen Camp in Ungarn“. Es ist Anfang November. Und wieder heißt es warten: ein halbes Jahr, vielleicht auch länger.

* Aus Quellenschutzgründen wurden die Namen verändert. Die Flugkosten und Teile der Recherche wurden durch die Robert-Bosch-Stiftung finanziert. Anlass war die Belgrader Konferenz „Balkan Refugee Route“.

Weniger Rechte für Flüchtlinge

Dublin IV: EU plant eine Asylrechts-Verschärfung

VON KORDULA DOERFLER

Seit den 90er-Jahren versucht die Europäische Union, ihre Asylpolitik zu vereinheitlichen. Zentraler Bestandteil ist das Dubliner Übereinkommen, das später von den Dublin-Verordnungen abgelöst wurde. Mit ihnen wurde festgeschrieben, dass derjenige Staat, in dem ein Flüchtling zum ersten Mal europäischen Boden betritt, auch für das Asylverfahren zuständig ist. Stellt er es in einem anderen Staat, kann der ihn in das Ermland zurück-schicken, allerdings nur, wenn er dort auch registriert wurde. Seitdem immer mehr Menschen über das Mittelmeer nach Europa kommen, sind insbesondere Italien und Griechenland mit der Aufnahme vollkommen überfordert.

Die Dublin-Regeln wurden schon dreimal überarbeitet, seit 2013 gilt die Dublin-III-Verordnung. Sie soll nun von Dublin IV abgelöst werden – eine Reaktion auch auf die Massenfluchtbewegung in den Jahren 2015 und 2016. Viele europäische Länder sind der Ansicht, dass Deutschland damals durch die Öffnung der Grenzen einseitig gegen das Dublin-Regime verstoßen hat. Menschenrechtsorganisationen befürchten jedoch, dass mit der Reform auch das individuelle Recht auf Asyl, wie es im deutschen Grundgesetz garantiert wird, immer weiter ausgehebelt wird.

Sechs Verordnungen

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht sechs Verordnungen vor, die nicht mehr von nationalen Parlamenten in nationales Recht umgewandelt werden müssen, sondern verbindlich gelten und von jedem Mitgliedsstaat angewandt werden müssen. Eine wichtige Änderung betrifft die Auslagerung von Asylverfahren aus Europa. In einem sogenannten Zulässigkeitsverfahren soll in Staaten außerhalb der EU, etwa in Nordafrika, festgestellt werden, ob ein Asylsuchender überhaupt einen Antrag stellen darf. Hat er dieses Recht nicht, soll er sofort in einen Drittstaat oder sicheren Herkunftsstaat abgeschoben werden können.

Kritiker monieren, dass damit die Prüfung von Asylanträgen auf Drittstaaten übergeht, die oft nicht die europäischen Normen und Garantien erfüllen. Gleichzeitig will die EU-Kommission am Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreisestaats festhalten – trotz eines sogenannten Fairnessmechanismus, der neu eingeführt werden soll.

Auch deutsche Asylexperten und -anwälte sind besorgt über die geplante Reform. Constantin Hruschka, Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München, hält schon die Grundannahme für falsch, dass nur 2015 das Dublin-System zusammengebrochen sei. „Das System hat von Anfang an nicht funktioniert“, sagte er am Montag bei einem Pressegespräch des Mediendienstes Integration in Berlin. Die Vereinheitlichung des europäischen Asylsystems sei getragen von dem Gedanken, dass bereits die Ankunft eines Flüchtlings in Europa einen Missbrauch darstelle. Die Berliner Anwältin Berenice Böhlö sagt: „Es gibt eine große Kluft zwischen den Verordnungen und der Realität.“ Insgesamt sei in Europa eine Verschiebung der Perspektive zu beobachten: Flüchtlinge gälten nicht mehr als Menschen, die Rechte haben, sondern als Gäste, denen man Gnade gewähre.



Nach den Plänen der EU soll Flüchtlingen die Einreise erschwert werden.